

## A2 Keine Toleranz von Terror und Menschenrechtsverletzungen – Solidarität mit allen Betroffenen der Gewalt im Nahen Osten

Gremium: Landesvorstand der Grünen Jugend Bremen

Beschlussdatum: 30.10.2024

Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

### Antragstext

#### 1 Keine Toleranz von Terror und Menschenrechtsverletzungen – 2 Solidarität mit allen Betroffenen der Gewalt im Nahen Osten

3 Am 7. Oktober 2023 verübte die Terrororganisation Hamas ein brutales Massaker an  
4 der israelischen Zivilbevölkerung. Die Hamas beschießt Israel mit Tausenden  
5 Raketen und dringt mit bis zu 3.000 bewaffneten Kämpfern in das Land ein. Ziel  
6 sind vor allem Menschen aus der Zivilbevölkerung. Mehr als 200 Menschen werden  
7 von der Hamas entführt, mehr als 1.200 Menschen getötet. Es handelt sich damit  
8 um das schlimmste Pogrom gegen Jüd\*innen seit dem Holocaust. Dieser Angriff ist  
9 Teil eines seit Jahren anhaltenden Konflikts im Nahen Osten, stellt aber auch  
10 eine besondere Zäsur und eine weitere Eskalationsstufe dar. Wir als Grüne Jugend  
11 Bremen verurteilen diesen antisemitischen, terroristischen Akt ohne  
12 Einschränkungen.

13 Als Reaktion auf den Angriff der Hamas führt die Israel seither Krieg im Gaza-  
14 Streifen. Dieser hat bereits 41.000 palästinensische und 1.200 israelische  
15 Todesopfer gefordert. 100.000 Israelis mussten evakuiert werden und ein Großteil  
16 der palästinischen Bevölkerung musste bereits mehrfach innerhalb des Gaza-  
17 Streifens fliehen oder wurde vertrieben. Die humanitäre Lage in Gaza, die schon  
18 vor der israelischen Offensive sehr schlecht war, kann heute als humanitäre  
19 Katastrophe bezeichnet werden. Wichtige Infrastruktur, wie Krankenhäuser, wurde  
20 größtenteils zerstört, es fehlt an Nahrungsmitteln und Trinkwasser und Millionen  
21 Menschen befinden sich ohne Schutz auf der Flucht. Mittlerweile ist nicht nur  
22 die Bevölkerung in Israel und Gaza von dem Konflikt betroffen. Seit Oktober 2024  
23 ist auch die Bevölkerung im Libanon massiven israelischen Angriffen aus der Luft  
24 und vom Boden ausgesetzt, nachdem sich der Konflikt zwischen Israel und der vom  
25 Iran unterstützten Terrororganisation Hisbollah seit dem 7. Oktober 2023 immer  
26 weiter aufgeheizt hat.

27 Als Grüne Jugend Bremen bekennen wir uns klar zum Existenzrecht Israels und  
28 erkennen an, dass Israel ein Recht darauf hat sich selbst zu verteidigen und  
29 seine Bevölkerung zu schützen. Klar ist für uns aber auch, dass Menschenrechte  
30 und das humanitäre Völkerrecht dabei handlungsleitend sein müssen und nicht  
31 eingeschränkt werden dürfen. Im Verlauf des letzten Jahres war das nicht immer  
32 der Fall. In diesem Frühjahr begann Israel mit einer Großoffensive in der Stadt  
33 Rafah, nachdem sehr viele Palästinenser\*innen auf israelische Anweisung in  
34 diesen Teil des Gaza-Streifens geflohen waren, und obwohl der Internationale  
35 Gerichtshof die Offensive untersagt hatte. Es kommt zu Fällen, in denen  
36 Hilfslieferungen mit Medikamenten und Nahrungsmitteln durch die israelische  
37 Armee blockiert werden, was einige rechtsextreme Vertreter\*innen der Regierung  
38 als gerechtfertigte Kriegsstrategie bewerten. Immer wieder werden Schulen,  
39 Krankenhäuser und Flüchtlingscamps zum Ziel von Raketenangriffen, etwa kürzlich  
40 im Fall einer Flüchtlingsunterkunft in Deir al-Balah. Eine Kriegsführung, die

41 die Zivilbevölkerung mit derartigem Leid überzieht, ist nicht zu rechtfertigen.  
42 Diese Position deckt sich mit der Einschätzung internationaler Gerichte. Der  
43 Internationale Gerichtshof sah etwa in einem Urteil aus dem Januar ein  
44 plausibles Risiko für einen Völkermord in Gaza und verpflichtete Israel,  
45 vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die Gewährleistung humanitärer  
46 Hilfe und die Verfolgung öffentlicher Aufstachelungen. Dem Internationalen  
47 Strafgerichtshof liegen Haftbefehl-Anträge gegen Premierminister Netanyahu und  
48 seinen Verteidigungsminister vor, da diese für Kriegsverbrechen und Verbrechen  
49 gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien. Auch wenn Völkerrechtler\*innen  
50 für jede einzelne Kriegshandlung über deren Rechtfertigung diskutieren, stellt  
51 sich ein Gesamtbild dar, in dem Israel bisher kaum auf Kritik von  
52 internationalen Gerichten und der Staatengemeinschaft reagiert hat. Es kommt  
53 immer wieder zu Kriegshandlungen, die immense zivile Opfer in Kauf nehmen und  
54 einige rechtsextreme Minister\*innen fallen mit Äußerungen auf, die  
55 palästinensische Bevölkerung entmenslichen und offensichtliche  
56 Menschenrechtsverletzungen legitimieren. Das aktuelle Vorgehen der israelischen  
57 Regierung stellt vielmehr eine Vergeltung und eine Machtdemonstration als eine  
58 Verteidigung dar, es ist an vielen Stellen unverhältnismäßig, invasiv und  
59 aggressiv.

60 Hamas und Hisbollah verstoßen regelmäßig gegen das Völkerrecht, wenn sie  
61 Zivilist\*innen als Schutzschilde missbrauchen und deren Tod einkalkulieren. Das  
62 ist unbestritten und klar zu verurteilen. Es bedeutet jedoch nicht, dass Israel  
63 ebenfalls Völkerrechtsverstöße begehen darf. Von der demokratisch gewählten  
64 israelischen Regierung erwarten wir, dass sie sich im Gegensatz zu  
65 Terrororganisationen an internationales Recht hält und eine verantwortungsvolle  
66 Rolle bei der Erreichung von Frieden in der Region einnimmt.

67 Hinzu kommt, dass der Krieg in Gaza bisher nicht zur Erreichung seines  
68 ursprünglich ausgegebenen Ziels geführt hat. Viele der Geiseln haben ihr Leben  
69 verloren oder befinden sich nach wie vor in der Gewalt der Hamas. Wenn Geiseln  
70 befreit werden konnten, gelang dies überwiegend durch Deals und nicht durch  
71 militärische Manöver. Die Sicherheitslage in der gesamten Region hat sich  
72 verschlechtert, was die Sicherheit der israelischen Bevölkerung miteinschließt.  
73 Die Chancen auf eine friedliche Lösung für den Konflikt werden auch durch das  
74 Handeln der aktuellen israelischen Regierung immer weiter erschwert.

75 Es braucht jetzt einen Waffenstillstand, damit die Menschenrechtsverletzungen in  
76 Gaza endlich aufhören, damit für die verbleibenden Geiseln zurückkehren können  
77 und damit ein Ausgangspunkt für einen dauerhaften Frieden in der Region, der  
78 allen Bevölkerungsgruppen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, geschaffen  
79 werden kann.

#### 80 Klare Worte statt Waffenlieferungen aus Deutschland

81 Wir erwarten von der deutschen Bundesregierung, dass sie all ihre Möglichkeiten  
82 ausschöpft, um einen Waffenstillstand herbeizuführen.

83 Dazu gehört es, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aller  
84 Beteiligten klar zu benennen und zu verurteilen. Vertreter\*innen der deutschen  
85 Bundesregierung haben sich im vergangenen Jahr entweder gar nicht oder mit zu  
86 wenig Nachdruck zu den Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee  
87 geäußert. Es ist nachvollziehbar und richtig, dass in Deutschland eine hohe  
88 Solidarität mit und Unterstützung für Israel bestehen. Diese Solidarität mit der

89 israelischen Bevölkerung sollen wir nicht aufgeben, sie ist aber nicht  
90 gleichbedeutend damit, die Handlungen einer teils rechtsextremen Regierung zu  
91 tolerieren oder zu rechtfertigen. Als demokratischer und menschenrechtsbasierter  
92 Staat hat Deutschland die Aufgabe, Menschenrechtsverletzungen nicht nur im  
93 Nebensatz zu erwähnen, sondern klar zu benennen und deutlich zu machen, dass  
94 diese Konsequenzen haben. Wir erwarten, dass die deutsche Bundesregierung in  
95 Zukunft eine klarere Haltung zu völkerrechtswidrigen Handlungen einnimmt, sowohl  
96 im öffentlichen Diskurs in Deutschland als auch gegenüber Vertreter\*innen der  
97 israelischen Regierung.

98 Außerdem ist es für uns essenziell, dass das Leid der Zivilbevölkerung nicht  
99 durch deutsche Waffen weiter verschärft werden darf. Wir begrüßen es, dass  
100 Deutschland seit März 2024 keine Kriegswaffen mehr an Israel geliefert hat. Wir  
101 erwarten von der Bundesregierung und den Grünen Minister\*innen den Export von  
102 Kriegswaffen an Israel auch weiterhin auszusetzen und sich nicht dem politischen  
103 Druck innerhalb Deutschlands und der Ampel-Koalition zu beugen. Solange Israel  
104 keine ernsthaften Bemühungen für einen Waffenstillstand unternimmt und mit  
105 seiner Kriegsführung gegen humanitäres Völkerrecht verstößt, darf es dabei nicht  
106 von deutschen Kriegswaffen unterstützt werden. Dass die deutschen Exporte von  
107 Dual-Use-Gütern an Israel zuletzt wieder erhöht wurden, obwohl Isarel weiterhin  
108 völkerrechtswidrige Handlungen fortsetzt, sehen wir kritisch. Güter, die Israel  
109 bei weiteren Menschenrechtsverletzungen unterstützen, dürfen nicht geliefert  
110 werden. Wir erwarten mehr Transparenz in Bezug auf Waffenlieferungen aller Art,  
111 es muss der deutschen Öffentlichkeit möglich sein, eine fundierte und offene  
112 Debatte über das Thema zu führen. Israel wurde am 7. Oktober von der Hamas  
113 angegriffen und wird nach wie vor durch unterschiedliche Akteure in der Region  
114 massiv bedroht. Der Impuls vieler Menschen in Deutschland, Israel mit Waffen  
115 unterstützen zu wollen, ist daher nachvollziehbar. Trotzdem hat sich spätestens  
116 im letzten Jahr gezeigt, dass immer mehr Waffen für Israel nicht zu mehr  
117 Sicherheit führen, sondern zu einer weiteren Eskalation. Es ist höchste Zeit  
118 tatsächliche Lösungsansätze für den Konflikt anstelle von Waffenlieferungen in  
119 den Fokus zu stellen.

#### 120 Aktivismus für den Frieden unterstützen

121 Bei aller Kritik an der rechten israelischen Regierung und an der  
122 Terrororganisation Hamas ist es wichtig, im Blick zu behalten, dass Bevölkerung  
123 und Regierungen auf beiden Seiten zu trennen sind. Die Hamas handelt nicht nach  
124 den Bedürfnissen der palästinensischen Bevölkerung und genießt wenig Vertrauen  
125 in dieser, auch wenn die Wut auf Israel und die internationale Gemeinschaft groß  
126 ist. In Israel gibt es zahlreiche Proteste aus der Zivilgesellschaft für eine  
127 Waffenruhe und gegen die rechte Regierung. Unter anderem die Angehörigen der  
128 Geiseln sind dabei wichtige Akteur\*innen.

129 Es gibt zahlreiche Aktivist\*innen und Gruppierungen, israelische sowie  
130 palästinensische, die sich seit Jahren und Jahrzehnten für Frieden im Nahen  
131 Osten einsetzen. Aktivismus, der aus der Zivilgesellschaft vor Ort kommt,  
132 bietet die größte Chance für Frieden in der Region und eine langfristige Lösung  
133 des Konflikts. Als Linke Organisation sprechen wir allen Personen, die diese  
134 sehr wichtige Arbeit auch unter den aktuellen Bedingungen leisten unsere  
135 Solidarität aus und unterstützen Aktivismus für Frieden im Nahen Osten nach  
136 unseren Möglichkeiten.

137 Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus in Deutschland bekämpfen

138 Der Nahost-Konflikt hat Folgen auch über die Region hinaus. Auch die  
139 gesellschaftliche Stimmung in Deutschland wurde im letzten Jahr durch die  
140 Ereignisse beeinflusst. Auf der einen Seite hat die Anzahl antisemitischer  
141 Straftaten deutlich zugenommen. Es wurden in diesem Jahr bereits über 3200  
142 antisemitisch motivierte Straftaten registriert, was eine Verdopplung im  
143 Vergleich zum Vorjahr darstellt. Viele jüdische Organisationen berichten, dass  
144 sich Jüd\*innen in der Öffentlichkeit, etwa an Universitäten oder beim Besuch von  
145 Synagogen, nicht mehr sicher fühlen würden. Unter anderem kommt es auch im  
146 Rahmen Pro-Palästinensischer Demonstrationen zu Vorfällen, bei denen  
147 antisemitische Parolen verwendet werden oder die Verbrechen der Hamas gefeiert  
148 werden. Es ist wichtig zu betonen, dass Antisemitismus nicht nur in Pro-  
149 Palästinensischen Gruppen vorzufinden und angestiegen ist, sondern dass dieser  
150 Trend gesamtgesellschaftlich erkennbar ist und Antisemitismus aus  
151 unterschiedlichen politischen Richtungen kommt.

152 Auf der anderen Seite hat sich seit dem 7. Oktober die negative Stimmung gegen  
153 migrantisierte Menschen aus arabischen Ländern in Deutschland verstärkt. Der  
154 Nahost-Konflikt und Pro-Palästinensische Demonstrationen in Deutschland werden  
155 von einigen Politiker\*innen zum Anlass genommen, mehr Abschiebungen und  
156 Restriktionen in der Asylpolitik zu fordern. Im Rahmen von Pro-Palästinensische  
157 Demonstrationen kommt es immer wieder zu Fällen von teils sehr brutaler  
158 Polizeigewalt. Derartige Vorfälle werden in der breiten Gesellschaft kaum  
159 wahrgenommen oder gar kritisiert. Stattdessen werden Israel-kritische Positionen  
160 oft pauschal als antisemitisch eingeordnet und Aktivismus, der sich für die  
161 Rechte der palästinensischen Bevölkerung einsetzt, von vornherein delegitimiert.

162 Als Grüne Jugend Bremen stellen wir uns klar gegen Antisemitismus und gegen  
163 (anti-muslimischen) Rassismus. Unser Anspruch in Deutschland muss es, gerade vor  
164 dem Hintergrund unserer Geschichte, sein, dass sich alle Jüdinnen\*Juden in  
165 Deutschland sicher fühlen können. Unser Anspruch muss es aber auch sein, dass  
166 alle Menschen in Deutschland Gebrauch von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung  
167 und Versammlungsfreiheit machen können, ohne pauschale Verurteilungen und  
168 Repressionen fürchten zu müssen. Es ist nicht akzeptabel, wenn Antisemitismus  
169 mit Rassismus bekämpft wird. Stattdessen müssen wir in Deutschland wieder zu  
170 einem offenen und ausgewogenen Diskurs kommen, in dem klar zwischen der  
171 israelischen Regierung und der jüdischen Bevölkerung unterschieden wird, sowie  
172 auch zwischen der Hamas und der palästinensischen Bevölkerung.

## Begründung

### Quellen:

#### Aktuelle Lage in Gaza:

- <https://www.instagram.com/p/DBdLgVytOjk/?igsh=aXk3bWZndnPMCW51>
- <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/gaza-israel-krieg-lage-zivilbevoelkerung-menschengemachte-humanitaere-katastrophe>
- [https://www.instagram.com/p/DBObK0GNM4U/?img\\_index=1](https://www.instagram.com/p/DBObK0GNM4U/?img_index=1)

Völkerrechtliche Einordnung:

- <https://www.tagesschau.de/ausland/igh-israel-rafah-100.html>
- <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/internationaler-straengerichtshof-haftbefehl-israel-amas-100.html>
- <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/amas-gazastreifen-krieg-voelkerrecht-offensive-israel-100.html>

Waffenlieferungen Deutschland:

- <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/waffen-israel-deutschland-100.html>
- <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/ruestungsexporte-ausgeweitet-deutschland-israel-100.html>

Antisemitismus und Rassismus und Polizeigewalt in Deutschland:

- <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/antisemitismus-straftaten-klein-israel-krieg-amas-100.html>
- <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismusbeauftragter-felix-klein-prangert-tsunami-an-antisemitismus-seit-7-oktober-an-a-0431c321-2532-4a72-a92f-5333757347aa>
- <https://taz.de/Polizeigewalt-auf-Palaestina-Demos/l6029454/>
- <https://www.zeit.de/zett/politik/2023-12/antimuslimischer-rassismus-nahostkonflikt-anstieg-deutschland>

Antrag in einfacher Sprache:

Keine Toleranz für Gewalt und Menschenrechtsverletzungen – Solidarität mit Betroffenen im Nahen Osten

Hintergrund: Am 7. Oktober 2023 griff die Terrororganisation Hamas die israelische Zivilbevölkerung mit Raketen und Kämpfern an. Dabei wurden über 1.200 Menschen getötet und mehr als 200 entführt. Diese Eskalation ist Teil des seit Jahren andauernden Konflikts im Nahen Osten, doch dieser Angriff stellt eine besonders schwere Verschärfung dar. Die Grüne Jugend Bremen verurteilt diesen terroristischen und antisemitischen Angriff.

Militärische Eskalation und humanitäre Lage: Israel reagiert mit einer Militäroffensive im Gazastreifen. Der Konflikt fordert bisher Tausende Opfer auf beiden Seiten und hat auch die Bevölkerung im Libanon in Mitleidenschaft gezogen. Viele Palästinenser\*innen im Gazastreifen mussten mehrfach fliehen, und die humanitäre Lage ist katastrophal. Zerstörte Krankenhäuser, fehlende Nahrung und Wasser machen das Überleben für Millionen Menschen schwer.

Forderung nach Menschlichkeit und Völkerrecht: Die Grüne Jugend Bremen unterstützt das Existenzrecht Israels und sein Recht auf Selbstverteidigung, doch wir fordern, dass diese Verteidigung im Rahmen des humanitären Völkerrechts bleibt. Das gezielte Angreifen von Zivilist\*innen und Blockieren humanitärer Hilfen verurteilen wir, denn das Leid der Zivilbevölkerung kann nicht gerechtfertigt werden.

Für einen Waffenstillstand: Ein Waffenstillstand muss erreicht werden, um die Gewalt zu beenden und humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Nur so können die noch gefangenen Geiseln befreit und eine Grundlage für einen langfristigen Frieden geschaffen werden.

Friedensaktivismus unterstützen: Die Grüne Jugend Bremen unterstützt die Menschen in Israel und Palästina, die sich gegen Gewalt und für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen. Wir sprechen allen Aktivist\*innen vor Ort unsere Solidarität aus.

Haltung in Deutschland: Die Grüne Jugend Bremen lehnt sowohl Antisemitismus als auch antimuslimischen Rassismus entschieden ab. Wir fordern einen respektvollen Umgang und den Schutz der freien Meinungsäußerung, ohne pauschale Verurteilungen. Ein ausgewogener und offener Diskurs (auch hier in Deutschland) ist notwendig, um die Rechte und Sicherheit von allen zu gewährleisten.

Unsere Forderungen an die deutsche Bundesregierung:

- Klare Worte gegen Kriegsverbrechen: Die Bundesregierung soll Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten des Konflikts benennen und verurteilen.
- Keine Waffenlieferungen an Konfliktparteien: Deutsche Waffen dürfen nicht zu weiterer Eskalation beitragen. Deutschland soll den Export von Kriegswaffen an Israel aussetzen, solange es keine ernsthaften Friedensbemühungen gibt.

Die Grüne Jugend Bremen setzt sich für einen gerechten Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte im Nahen Osten ein.